

Griff in die Mottenkiste

SPD zieht mit Forderung nach der Bürgerversicherung in den Wahlkampf

Der Höhenflug, den die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Martin Schulz erlebt, überrascht nicht nur die Demoskopen. Politisch hat der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments bisher wenig Neues von sich gegeben. Ganz im Gegenteil: Gerade in der Gesundheitspolitik greift die SPD in die Mottenkiste und holt die Bürgerversicherung aus der Versenkung.

Ulla Schmidt dürfte jubeln. Was ihr nicht gelang, könnte nach der Bundestagswahl im Herbst Wirklichkeit werden. Das duale System von gesetzlicher und privater Krankenversicherung inklusive der jeweiligen Gebührenordnungen soll abgeschafft und durch eine Versicherung für alle ersetzt werden. Hinter dieser Forderung steht offensichtlich auch der SPD-Kanzlerkandidat. „Ich bin eng mit Martin Schulz befreundet. Er steht voll hinter der Bürgerversicherung“, zitiert die Westdeutsche Zeitung (WZ) den SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach. Ein einheitliches System für alle sei ein Instrument gegen die Zwei-Klassen-Medizin in Deutschland. „70 bis 80 Prozent der Bürger wollen diesen Weg. Diese Forderung ist ein zentrales Projekt für unser Programm zur Bundestagswahl“, sagte Lauterbach. Die SPD könne damit ihr Gerechtigkeitsprofil schärfen. Das Konzept sei mit dem Kanzlerkandidaten der Partei abgestimmt.

Offensichtlich hat man bei den Sozialdemokraten trotz intensiver Überzeugungsarbeit aller wichtigen Player im Gesundheitswesen nichts dazugelernt. Fundamentale Fakten werden auf dem Altar einer Pseudo-Gerechtigkeit geopfert. Entsprechend harsch fallen deshalb auch die Reaktionen der Betroffenen aus: „Die SPD-Pläne sind wie eine Operation am offenen Herzen bei einem gesunden Patienten“, so PKV-Direktor Volker Leienbach. Im deutschen Gesundheitswesen gehe es sozial gerecht zu. Unabhängig vom Einkommen hätten alle Bürger freie Arztwahl und profitierten vom medizinischen Fortschritt. „Wir haben weltweit die kürzesten Wartezeiten und im Notfall wird jeder versorgt, egal, wie er versichert ist“, sagte Leienbach der WZ.



Kanzlerkandidat Martin Schulz ist dem SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach zufolge ein Verfechter der Bürgerversicherung.

Auch Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer, warnt vor dem Marsch in die Einheitsmedizin und verweist auf Großbritannien und die Niederlande. Dort hätten Einheitssysteme vor allem zu „Rationierung, Wartezeiten und Begrenzungen in den Leistungskatalogen“ geführt.

Doch die Wahrscheinlichkeit, dass die SPD ihr Vorhaben durchsetzt, ist angesichts der aktuellen Umfrageergebnisse höher denn je. Eine rot-rot-grüne Mehrheit ist nicht unwahrscheinlich und gerade die Bürgerversicherung ist ein Vorhaben, das sich alle drei Parteien auf die Fahne geschrieben haben. Differenzen gibt es nur bei der Frage der Finanzierung. Während Grüne und Linke auch Miet- und Pachteinnahmen beitragspflichtig machen wollen, verspricht Lauterbach, an der Bemessungsgrundlage nicht zu rütteln. Den Vorwurf, dass Arztpraxen ohne die hohen Honorare für Privatpatienten in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, hält Lauterbach laut WZ übrigens für „abwegig“.

Für die beiden KZVB-Vorsitzenden Christian Berger und Dr. Rüdiger Schott ist die Bundestagswahl 2017 aus gesundheitspolitischer Sicht eine Schicksalswahl: „Mit einer Bürgerversicherung, einem einheitlichen Leistungskatalog und der Abschaffung der privaten Gebührenordnung (GOZ) laufen wir Gefahr, in der Zahnmedizin den Anschluss an die Weltspitze zu verlieren. Eine durchschnittliche Zahnarztpraxis erwirtschaftet heute 50 Prozent ihres Umsatzes durch Zuzahlungen und Privatleistungen. Sollten diese Einnahmen wegfallen, wären viele Kollegen in ihrer Existenz bedroht. Die flächendeckende Versorgung der Patienten wäre in Gefahr.“

Leo Hofmeier